

Medienmitteilung

Montag, 23. Januar 2012

Nein zur Ferieninitiative und zu fixen Buchpreisen

Parolenfassung von economiessuisse zu den nationalen Abstimmungen vom 11. März 2012

Sechs Wochen Ferien für viele Unternehmen nicht tragbar

Der Wirtschaftsdachverband economiessuisse sagt Nein zur Initiative «6 Wochen Ferien für alle» der Gewerkschaft Travail.Suisse. Die Schweizer Unternehmen leiden heute bereits unter dem starken Franken und hohen Produktionskosten. Die Initiative verschärft diese Probleme noch, schadet dem Wirtschaftsstandort und gefährdet damit Arbeitsplätze. Ihre Umsetzung kostet die Betriebe jährlich 6 Milliarden Franken. Solche zusätzlichen Belastungen liegen insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe im aktuell schwierigen wirtschaftlichen Umfeld nicht drin. Zudem sind viele Branchen und Betriebe schon heute grosszügiger, als es das Gesetz verlangt. Die starre Initiative verhindert solche bewährte, flexible und sozialpartnerschaftliche Lösungen. Gerade moderne Arbeitszeitmodelle sind für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtiger als pauschal mehr Ferien. Durch die vermehrten Abwesenheiten von Arbeitskolleginnen und -kollegen würde zudem die Belastung der im Betrieb Verbliebenen zunehmen. Die höheren Arbeitskosten müssten die meisten Unternehmen auf der Lohnseite kompensieren. Damit wird die Vorlage auch für die Arbeitnehmenden zum Bumerang.

Buchpreisbindung geht zulasten der Kundinnen und Kunden

Nein sagt der Verband der Schweizer Unternehmen auch zur Wiedereinführung der Buchpreisbindung. Die Aufhebung der Preisbindung im März 2007 hat sich aus Konsumentensicht bestens bewährt. Ein Buchpreiskartell würde dagegen den Markt verzerren und die Bücher in der Schweiz verteuern. Ausländische Grossverlage müssten ihre Margen zulasten von Schweizer Kundinnen und Kunden erhöhen, was dem Einkaufstourismus Vorschub leistet. Zudem wäre die Einhaltung der Preise im Onlinehandel überholt und nicht überprüfbar und würde somit die inländischen Anbieter belasten, denn der Zoll darf bei Postsendungen nicht kontrollieren, ob die Buchpreisbindung eingehalten wird.

Zweitwohnungsstopp verhindert sinnvolle Raumplanung

Ebenfalls abgelehnt wird die Initiative gegen den Zweitwohnungsbau. Die Initiative würde in bedeutenden Tourismusdestinationen faktisch zu einem Baustopp führen, mit entsprechenden Auswirkungen auf die regionale Bauwirtschaft und den Tourismus. Darüber hinaus fokussiert die Initiative einseitig auf die Gemeindegrenzen und lässt keinen Spielraum für eine regionale Raumplanung.

Rückfragen:

Ursula Fraefel, Leiterin Kommunikation und Kampagnen

Telefon: 079 505 52 87

ursula.fraefel@economiesuisse.ch